



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI **Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 13. November 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Unterbringung von Flüchtlingen

Wie mit Flüchtlingen umgegangen wird und wie sie untergebracht werden, kann den Kommunen nicht egal sein. Weder im Sinne der Flüchtlinge selbst, die häufig traumatisiert sind und daher gute Betreuung brauchen, noch im Sinne der Städte und Gemeinden. Viele Probleme des Zusammenlebens haben ihren Ursprung in mangel- und massenhafter Unterbringung und Betreuung. Probleme in dieser Frage zu lösen, bedeutet einen Beitrag zu funktionierender Integration. Die Diskussion um den Volksgarten hat gezeigt, dass auch die NachbarInnen von Flüchtlingsunterbringungen verunsichert sein oder sich bedroht fühlen können, wenn die Zahl der untergebrachten Menschen sehr hoch und deren Betreuung schlecht ist.

Besonders für Familien mit Kindern und für Jugendliche ist die Unterbringung in großen Flüchtlingsheimen ungünstig. Auch eine gute Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist unter diesen ungünstigen Voraussetzungen nicht gewährleistet. Für Kinder gilt zudem, dass sowohl das Spielen als auch frühes Schlafengehen in der Beengtheit der großen Unterkünfte kaum möglich ist. Trotz der großen finanziellen Hürden – sie dürfen ja nicht arbeiten –, versuchen Flüchtlinge daher immer wieder, privat eine Wohnung zu finden. Zumeist übersteigen selbst Substandard-Wohnungen in schlechtem Zustand, die weit abseits der Zentren liegen, die finanziellen Möglichkeiten. Die großen räumlichen Distanzen erschweren den Betroffenen nicht nur die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und damit den Integrationsprozess, sondern machen es auch komplizierter, sie zu betreuen.

Einmal aus einem Flüchtlingsheim ausgezogen, ist die Rückkehr so gut wie unmöglich, weil angesichts des Krieges im Irak oder in Syrien immer mehr Menschen bei uns Zuflucht suchen. Private Quartiergeber nutzen die prekäre Situation oftmals aus.

Nicht zuletzt wegen der Traumatisierungen ist Betreuung und Beratung von zentraler Bedeutung. Die damit beauftragten Organisationen sehen die dezentrale Unterbringung in kleineren Einheiten oder in Wohnungen – insbesondere für Flüchtlinge, die im Familienverband kommen – als Idealmodell an. Auch der unkomplizierte Zugang zu Einrichtungen des täglichen Bedarfs (Einkaufsmöglichkeiten, ÄrztInnen etc.) spielt zudem eine wichtige Rolle.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz wird ersucht, in einer Petition an den Landtag Steiermark darauf hinzuwirken, dass AsylwerberInnen, insbesondere Flüchtlingsfamilien mit Kindern und jugendliche AsylwerberInnen, in der Stadt Graz in qualitätvollen, dezentralen Wohneinheiten untergebracht werden. Eine adäquate Betreuung der Betroffenen ist sicherzustellen und entsprechend finanziell abzusichern.